

Pöfener Zeitung.

Hierundstehzigster

Jahrgang.

Nr. 35.

Sonntag, 21. Januar

1871.

Annoncen-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. J. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedhofstr. Ecke 4;
in Grätz bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Panke & Co.

Annoncen-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
A. Reilmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Sabathy.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 14 Tblr., für ganz
Preußen 1 Tblr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
sind an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Offizielle militärische Nachrichten.

Aus einem Telegramm Sr. Maj. des Kaisers und Königs an Ihre Maj. die Kaiserin-Königin entnommen:
1) **Versailles**, 19. Jan. Ich kehre soeben von einem Ausfallgefechte zurück, das heftig an Kanonade war, aber ohne allen Erfolg.
Wilhelm.

2) **Reims**, 19. Januar. Die Nord-Armee ist vor St. Quentin in siebenstündigem Kampfe geschlagen worden. Bis jetzt über 4000 unverwundete Gefangene und 2 Geschütze.
v. Goeben.

3) **Versailles**, 19. Januar. Vor Paris am 19. d. Ausfall bedeutender feindlicher Streitkräfte vom Mont Valerien aus gegen die Stellung des 5. Armee-Corps zurückgewiesen. Kampf von Vormittags 11 Uhr bis nach Einbruch der Dunkelheit. Dießseitiger Verlust, soweit zu übersehen, nicht bedeutend. Die Belagerungs-Artillerie setzte ihr Feuer ununterbrochen mit gutem Erfolge fort.

General v. Werder hat die Verfolgung der Armee Bourbaki's unter glücklichen Gefechten begonnen.

Die 1. Armee warf am 18. vorgeschobene Abtheilungen der Nordarmee von Beauvois auf St. Quentin zurück, wobei der Feind ein Geschütz und 500 unverwundete Gefangene verlor. Am 19. griff General v. Goeben die französische Nordarmee in ihrer Stellung vor St. Quentin an, warf sie in siebenstündiger Schlacht aus allen Positionen, und nach hartnäckigem Kampfe nach St. Quentin hinein.

Bis jetzt konstatirt: 2 Geschütze im Feuer genommen, über 4000 unverwundete Gefangene.

Von Abtheilungen der zweiten Armee wurde am 19. Tours ohne Widerstand besetzt. Die Beschießung von Longwy hat heute begonnen.
v. Poddbielski.

Der Kaiserin-Königin Augusta in Berlin.

Versailles, 20. Jan. General von Goben hat gestern vor St. Quentin den Feind abermals geschlagen, in die Stadt hineingeworfen und will ihn heute verfolgen.

So sind also alle drei Armeen zur Entsetzung von Paris geschlagen. Der gestrige Ausfall war stark an Truppen, ohne Erfolg, doch steht der Feind noch außerhalb Paris in der Ebene vom Mont Valerien und greift gewiß heute wieder an.
Wilhelm.

Vorstehende Depeschen wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der gestrigen Ausgabe Aufnahme gefunden haben.)

Telegraphische Nachrichten.

Mainz, 20. Jan. Der Gouverneur von Mainz, Prinz Woldemar von Holstein, ist diese Nacht gestorben.

Dresden, 20. Januar. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht ein Telegramm des Prinzen Georg von Sachsen, demzufolge gestern früh bei einem stattgehabten Melanoszierungsgefechte 2 Kompagnien der sächsischen Grenadier-Regimenter Nr. 100 und 101 die Ferme Groszlay überfallen und daselbst 5 feindliche Offiziere und 150 Mann zu Gefangenen gemacht haben. Sächsischerseits wurden hierbei nur zwei Mann leicht blessirt.

Stuttgart, 20. Januar. Gegenüber Meldungen mehrerer Zeitungen erklärt der „Staatsanzeiger für Württemberg“, daß eine Revolte unter den französischen Kriegsgefangenen weder auf dem Hohen-Asperg noch sonst in irgend einem Gefangenenlager stattgefunden habe. Wohl liege aber der Verdacht meuterischer Unternehmungen seitens der Gefangenen auf dem Hohen-Asperg vor, weshalb verschärfte Sicherheitsmaßregeln getroffen, mehrere Verhaftungen vorgenommen und die bisher der Gefangenen gewährten Freiheiten beschränkt wurden. — Bis jetzt sind 193 eiserne Kreuze darunter eines erster Klasse, der württembergischen Felddivision zugefallen.

München, 20. Januar. Der König hat an den Erzbischof von München-Freising ein eigenhändiges Schreiben gerichtet, in welchem er über dessen patriotische Haltung in der Reichsrathskammer seine Befriedigung ausdrückt und zugleich die Zuversicht ausspricht, daß es dem Erzbischof gelingen werde, in den Kreisen, deren Votum noch zu erwarten sei, für eine Entscheidung thätig zu sein, welche nicht bloß die Schwierigkeit der Lage nach Außen zum gedeihlichen Abschluß bringt, sondern auch zu einem Ausgangspunkt dienen dürfte, von welchem aus der so tief gefährdete innere Frieden des Landes wieder hergestellt werden könnte. — In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer verlas der Präsident eine Erklärung des Abgeordneten, Stadtpfarrer Westermayer, wonach derselbe aus der Kammer austritt, weil er unter einem solchen konstitutionellen System, wo sein „Ja“ dem Einflusse des Erzbischofs zugeschrie-

ben und sein „Nein“ als Auflehnung gegen diesen erachtet würde, nicht mehr Abgeordneter sein könne. Die Kammer genehmigte den Austritt ohne weitere Debatte. Im Verlauf der Sitzung sprachen für die Annahme der Bundesverträge die Abgg. Hohenadel, Sellner, Fischer, Karl Schmidt, dagegen erklärten sich die Geisilichen Reumaier und Pfahler.

Bordeaux, 19. Jan. (Auf indirektem Wege.) Der Regierung ist die Mittheilung zugegangen, daß die Preußen heute in Tours eingedrungen sind. — In der Gegend von Oien und Tours fanden Scharmügel statt. Die Feinde zeigten sich bei Montlouis (nahe bei Tours am linken Ufer der Loire).

Brüssel, 19. Jan. Privatmittheilungen hiesiger Blätter zufolge soll Gambetta angeordnet haben, mit der Bildung neuer Kompagnien Francitours inne zu halten. Die bereits in der Bildung begriffenen Kompagnien sollen verabschiedet oder mit den Hilfsarmeen vereinigt werden.

Florenz, 19. Januar. Dem Vernehmen nach sind die diplomatischen Beziehungen zwischen dem italienischen Konsul in Tunis und der tunesischen Regierung abgebrochen, weil der Bey den kürzlich abgeschlossenen Handelsvertrag nicht respektirt. Die Vertreter der fremden Mächte haben Schritte gethan, um den Bey zu bewegen, den Vertrag in Gültigkeit zu lassen. — Wie eine Depesche aus Singapur meldet, hat der Kommandant der Fregatte „Prinzessin Clotilde“ am 1. Januar in Bangkok die Ratifikationen der zwischen Italien und dem Königreiche Siam abgeschlossenen Verträge ausgetauscht.

Triest, 20. Januar. Der Lloyd-Dampfer „Saturno“ ist gestern Abend 10 Uhr mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost aus Alexandria hier eingetroffen.

Madrid, 18. Januar. (Verspätet eingetroffen.) Die Regierung hat angeordnet, daß zwei Panzerfregatten von Cadix nach Vigo abgehen, um die Neutralität des Hafens zu schützen und einen Konflikt zwischen dem preussischen Kriegsschiff „Augusta“ und der französischen Fregatte „Heroine“ zu verhindern. — Die Regierung hat die Ausgabe von 400 Millionen Schatzanweisungen dekretirt.

Petersburg, 20. Januar. Das amtliche Blatt enthält ein kaiserliches Reskript an den Generalgouverneur von Finnland, welches die Maßregeln betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Großherzogthum Finnland in Anlehnung an die betreffenden Landesgesetze vorschreibt.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 20. Januar. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat noch gestern in Versailles nähere Bestimmungen wegen Ueberreichung der Adresse erbeten, worauf im Laufe des Tages Bescheid erwartet wurde. Die beiden ersten Präsidenten des Hauses von Forckenbeck und von Köller wollten morgen Abend in Begleitung des Bureau-Direktors Kanzleirath Hoppel und Dienerschaft Berlin verlassen. Man glaubte 3 Tage zur Hinreise und eben soviel Zeit zur Rückreise nöthig zu haben und mit einem Aufenthalt von 2 Tagen im Hauptquartier also 8—10 Tage von Berlin abwesend sein zu müssen. Man wird für die nächste Woche umfassenden Kommissionsarbeiten entgegensehen können, so daß bei der Wiederaufnahme der Arbeiten sofort die Plenarberatung über das Armenpflegegesetz beginnen kann. Dasselbe wird freilich im Abgeordnetenhaus eine so wesentlich andere Gestalt erhalten, als im Herrenhause, daß eine nochmalige Befassung des letzteren mit dem Gesetze unvermeidlich werden wird. Die Regierung ist darauf vorbereitet, hofft aber nichtsdestoweniger das Gesetz in dieser Session perfekt werden zu sehen. — Das Schicksal des Gesetzes über die Verfassung der evangelischen Kirche in Hessen ist noch immer sehr zweifelhaft. Die Spezialkommission des Abgeordnetenhauses hat die Durchberatung des ersten und schwierigen Gesichtspunktes beendet und wird sich morgen mit dem kleineren, der Besteuerungsfrage und die notwendige staatliche Konkurrenz betrifft, beschäftigen. Die Angelegenheit soll gleich nach der Vertagung an das Plenum kommen, da man den Bericht bis Donnerstag feststellen will. Abgesehen von ihrer prinzipiellen Bedeutung berührt die Vorlage sämtliche große Prinzipienfragen über Auseinanderlegung von Staat und Kirche und die Ausführung des Artikel 15 der Verfassung. Insofern kommt das Haus zum ersten Male in die Lage, die unbestimmten Begriffe über die Trennung von Staat und Kirche und über die Grenzen, welche der Staat allen kirchlichen Gemeinschaften setzen muß, klar zu stellen. — In den nächsten Tagen findet die Thäen avisierte Plenarversammlung der Bundes-Normal-Sitzungs-Kommission hier statt. Es wird dabei zur Erledigung kommen ein Entwurf über Kalk und Kohlen-Maße, Holz- und Loth-Maß, ein Nachtrags-Entwurf über Hölzermengen, Brückenzüge mit Laufgewicht. Im Uebrigen will man sich verständigen über den Begriff größerer Lastwagen mit Rücksicht auf die Angabe des Minimums der Tragfähigkeit, sowie der Art der Angabe der Tragfähigkeitsgrenzen. Auch über das Material der trockenen Hohlmaße, über Eichungsstempel, deren Vervollständigung und etwaige Abänderung und über Einrichtung neuer Proportionschalen für Qualitätsbestimmungen des Getreides auf Grund des vorzulegenden Messungsmaterials wird sich die Versammlung schlüssig machen. — Bezüglich der

in den okkupirten französischen Landestheilen eingeführten Briefmarken hat sich die Einführung von Marken von 5 und 15 Centimes als dringendes Bedürfnis herausgestellt.

— Nachdem das Verhältnis der „Pöfener Zeitung“ zur Politik Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden ist, hat nach der „Frankf. B.“ die Redaktion der Zeitung sich bereit erklärt das darauf bezügliche Material der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus zur Verfügung zu stellen und wird demnach das Ministerium darüber interpellirt werden 1) wie die Konstitution der Zeitung sammt Inseratenbeilagen am 18. Dez. zu revidiren, 2) ob die an demselben Tage vom Polizeipräsidenten dem Chefredakteur gegenüber ausgesprochene Drohung, die Zeitung bei fortgesetzter oppositioneller Haltung 14 Tage lang sammt Inseratenbeilagen tagtäglich zu konfisziren, auf höherer Befehl beruhe bzw. ob der Polizeipräsident wegen solcher Maßnahmen werde zur Verantwortung gezogen werden.

München, 16. Januar. Der vor einiger Zeit von hier nach Mering abgegangene Regierungsbevollmächtigte ist hierher zurückgekehrt. Die Nachrichten haben ergeben, daß die Gemeindeglieder in überwiegender Majorität zu ihrem Pfarrer (Kensfle) und der von der Kirchenverwaltung vertretenen Anschauung bezüglich des vom Bischof hervorgerufenen Konflikts in Sachen der Proklamation des Unschlachteitdogmas sich bekennen. Nur ein paar kleinere Fiskalen sind es, von denen aus eine Gegenagitation im Sinne des Bischofs versucht worden war. Die Opposition der Kirchengemeinde gegenüber dem diktorischen Eingreifen des Bischofs hat sich als auf Grund der Verfassung korrekt erwiesen; über das verfassungsmäßig gewährleistete Recht der Kultus- und Gewissensfreiheit wurde nicht hinausgegangen. Für die Regierung liegt kein Grund des Einschreitens vor. „Wir dürfen“, sagt die „Augsb. Abendztg.“, der wir diese Mittheilung entnehmen, „uns sonach der guten Zuversicht hingeben, daß dieser interessante kirchliche Konflikt zu einem Präjudizfall von ebenso großer als erfreulicher Bedeutung werden wird, weil er in dem von der römischen Kirche so muthwillig heraufbeschworenen Kampfe mit dem modernen Staatsleben für Bayern die Entscheidung im freihethlichen Sinne anbahnt.“

Wien, 19. Jan. Die hochscholische „Korr. Warrens“ hält der Verfassungskartei, welche auf die Erbschaft des Ministeriums Potocki Ansprüche erhebt, „die feste Organisation mit anerkannter Führung und strenger Disziplin“ der ungarischen Dealkartei vor, um aus dem Mangel dieser Vorzüge die Regierungsunfähigkeit der Verfassungskartei zu bezugiren; dieselbe habe durch ihre innere Zerfahrenheit, wobei speziell auf die Intriguen angespielt wird, die zwischen den Ministern Herbst und Gistra spielten, ihre Eigenschaft, die leitende Partei im Staate zu bilden, sich allmählich abhanden kommen lassen. Es heißt darauf weiter:

Die politischen Zustände in den dießseitigen Ländern sind so geartet, um auf Jahre hinaus einer parlamentarischen Regierung große Hindernisse zu bereiten. Diese müssen aber einen Charakter annehmen, welcher sie als unüberwindlich erscheinen läßt, wenn nicht die Verfassungskartei eine feste Organisation annimmt, wenn sie sich nicht von einer erklärten nationalen Färbung befreit und fähige Führer an ihre Spitze stellt, welche zunächst auch die Eigenschaft besitzen, sich nicht unter einander zu beschleßen. Die Partei, welche die Zügel der Regierung in die Hände nehmen will, muß einig und kräftig, sie muß fähig und tolerant sein. Sie muß die Kraft besitzen, fremde Elemente in sich aufzunehmen und sie sich selbst zu assimiliren. Die Geschichte der Verfassungskartei liegt hinter ihr. Wenn sie die Ursachen mancher ihrer Mißerfolge in objektiver Weise zu ergründen sucht, wenn sie sich selbst reformirt und von einem wahrhaft staatsmännischen Geiste durchdrungen läßt, so kann die Hoffnung eine gute Begründung finden, daß sie in nächster Zukunft in ebenso bedeutender Weise ihrer staatlichen Aufgabe gerecht werden wird, wie die große Dealkartei in Ungarn.

Paris. Der „Independance“ wird geschrieben: „Es wird in den Blättern lebhaft die Frage erörtert, ob Jules Favre zur Londoner Konferenz reifen soll oder nicht. Die Ansichten sind sehr getheilt und selbst am Schließen sich die „France“ und der „Constit.“ den radikalen Blättern darin an, daß sie sich augenblicklich gegen die Betheiligung an der Konferenz erklären. Dagegen verlangen die „Patrie“ und das „Journal des Debats“, daß Jules Favre diese Gelegenheit zu Verhandlungen nicht versäume, wenn sie zu einem ehrenhaften Frieden führen kann. Bis jetzt ist noch nichts Bestimmtes entschieden. Die Regierung soll in diesem Punkte ebenso getheilt sein wie die öffentliche Meinung.“ — Jules Favre will, wie es scheint, nicht abreisen, ohne daß die Pariser Blätter ihm zuvor Absolution für seine Entfernung im gegenwärtigen Augenblick erteilen; von diesen zufälligen Stimmungen hängt jetzt die Vertretung Frankreichs ab. Natürlich wird er nur unter der Bedingung absolviert werden, daß er in London eine große Rede gegen das Bombardement u. s. w. hält. — Ein „Industrieller“ hat aus Paris nach Brüssel geschrieben:

Eine Hauptfrage betrifft das Brennmaterial. Fürs Erste halten noch die Schöble vor; auch ist noch Vorrath an Kohlen vorhanden, und um sie zu schonen, greifen wir zum Kappst für unsere Mühlen u. s. w. Die Erntetors von Paris haben eine Länge von tausend Kilometer. — Was die Nahrungsmittel betrifft, so wissen wohl wenige Personen, wie es damit steht. Man kann sich keine Vorstellung von der Ernährungsgabe der Pariser machen. So essen wir Butter, ziemlich gut aus Pomade und den Ueberresten unserer großen Parfümerien bereitet. Aus Salz, das reich in großen Massen vorhanden ist, bereitet man Schmalz, das nicht im geringsten seinen Ursprung verräth. Mariniertes Handfleisch kommt zu ziemlich dem Reichthum in Geschmack gleich; die Mäuse werden in ausgezeichnete Reammeibölz verwandelt, die Knochen endlich, durch chemisches Verfahren erweicht, bilden eine sehr gute Speise, die unter dem Namen „Osseine“ (Knochengallert) sehr gesucht wird. — Unser Hochen ist noch immer in Thätigkeit, nur fehlt es an den nöthigen Arbeiten, da der Militärdienst sechs Stunden täglich in Anspruch nimmt. Ich habe meinen Kobylsch nicht erhöht, woraus man sieht, daß man noch immer billig in Paris lebt. Freilich müssen die Behörden reichlich zum Unterhalt der Bevölkerung beitragen; wenn man mit Recht sagen kann, daß es keine Diebe mehr giebt, so darf man hinzufügen, daß es keine Bettler mehr giebt. Erwähnenswerth ist, daß

